

Wien ohne Schutz?

Budapester Pläne zur Eroberung Wiens. — Die Mitteilungen der „Reichspost“ vom 17. Juni bestätigt.

Bekanntlich wollen die Budapester Judenbiktatoren um jeden Preis ihre Herrschaft auch über Wien und einen Teil Deutschösterreichs ausdehnen. Schon haben sie einen gewissen Bettelheim, dessen Verhaftung übrigens in den letzten Tagen der Wiener Polizeigefangenheiten sein soll, den Wiener Kommunisten zum Parteidirektor bestellt; der Mann sollte vermutlich dann gegebenenfalls an die Spitze der Diktatur in Deutschösterreich gestellt werden. Mit Riesensummen, die sie zum Teil selbst, zum Teil durch ihre Wiener Gesandtschaft verteilen ließ, warb die Budapester Regierung Helfer für einen Umsturz in Wien. Nicht nur fast alle kommunistischen Führer, auch eine Reihe anderer Agenten bezogen Geld aus Budapest, wie der Bericht des Polizeipräsidenten an das Staatsamt des Innern nachgewiesen hat. Besonders eifrig bemühte sich die Budapester Regierung, unter den Truppen Deutschösterreichs Anhänger zu werben. Bei allen bisherigen Putschversuchen und revolutionären Kundgebungen hatte die Budapester Judenregierung die Hand im Spiel und wirkte Budapester Geld, das die „Regierung“ bekanntlich den rechtmäßigen Eigentümern einfach gestohlen hat.

Aber mit bloßen Wählerereien und der Anstiftung von Putschversuchen begnügte sich die Budapester Regierung nicht. Schon am 17. Juni veröffentlichte die „Reichspost“ an leitender Stelle folgendes:

„Uns ist ein ins Einzelne genau ausgearbeiteter Plan, dessen Gültigkeit wir nicht prüfen konnten, der aber von bestimmten Stellen für echt gehalten wurde, gezeigt worden, nach dem während des Putsches vom 15. Juni die Hochbanten der gesamten inneren Stadtbahnlagen von Kommunisten zu besetzen und als Stützpunkte zur Abspernung der inneren Bezirke auszubauen und mit Maschinengewehren zu armieren gewesen wären.“

Diese Mitteilungen wurden gestern vom „N. Tag“ durch den Abdruck einer Anzahl von Dokumenten vollkommen bestätigt, die aus der Wiener ungarischen Gesandtschaft stammen und aus Dokumenten folgen, aus denen hervorgeht, daß die Budapester Regierung bereits einen fertigen Plan zu einem Einmarsch ihrer roten Armee in Niederösterreich sowie zur Eroberung und militärischen Besetzung Wiens ausgearbeitet hatte. Das Gelingen des Ueberfalles erhoffte die Budapester Regierung von der Hilfe eines Teiles der Wiener Volkswehr, von der man in Budapest annahm, daß etwa zwölf Bataillone „kommunistischer Infanterie“ in der Stärke von 10.200 Mann und fünf Bataillone „sozialdemokratischer Infanterie“ in der Stärke von 5000 Mann, 500 kommunistische Kavalleristen, 2 Bataillone „terroristischer Marine“ (1400 Mann) und 2400 Artilleristen, zusammen 14.500 Gewehre und Karabiner, 200 Maschinengewehre und 150 Geschütze, die Budapester Einfallstruppen unterstützen würden.

Es hätte diese Eroberung Wiens durch ungarische rote Truppen und „terroristische“ ungarische Marinesoldaten erfolgen sollen unter Mithilfe von 5 Bataillonen Wiener Volkswehr, auf welche die ungarischen Verschwörer in der Bankgasse, die Urheber dieses ganzen Planes, rechneten. So hätten z. B. vom Margaretenberg bis zum Berchenfelder Gürtel an jeder Straßenbahnstation 2 Maschinengewehre mit 35 ungarischer roter Truppen und dazwischen auf dem Viadukt der Stadtbahn je 50 Mann Ungarn postiert werden sollen, ähnlich längs des Donaukanals. Die Brigittabrücke wäre mit sechs Maschinengewehren armiert worden.

Schwere Anklagen gegen das Auswärtige Amt. — Das sozialdemokratische Doppelspiel.

Allgemein wird geklagt, daß gegenüber dieser ungeheuerlichen Budapester Mächenschaften eigentlich nur die Wiener Polizei ihre Pflicht erfüllt, nicht aber die Regierung. Für die Unterlassungsünden der Regierung wird hauptsächlich Staatssekretär Dr. Bauer als Leiter des Auswärtigen Amtes verantwortlich gemacht, der anscheinend die Brücken zum Bolschewismus noch immer nicht abbrechen will. Uebrigens zeigt die gleiche Tendenz auch das Wiener sozialdemokratische Hauptorgan, das nach den angeblich furchtbar ernst gemeinten Streitereien auf der Reichskonferenz der roten Arbeiterräte in seiner Abendausgabe vom letzten Samstag versichert, daß Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die „Bürger“ (gemeint sind alle Nichtgenossen!) vollkommen einig seien.

Die zwei Duzend Toten und zahlreichen Schwerverletzten gelegentlich der bisherigen Putschversuche, zu denen die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden „gegen die Bürger einigen“ Parteien geführt haben, sind daher wohl nur als belanglose Opfer der Unterhaltungen der beiderseitigen jüdischen Führer zu betrachten. Sogar das Blatt des gewesenen sozialdemokratischen Nachhers der Hammerbrotwerke Dr. Karpeles wendet sich in folgender scharfer Weise gegen diese Haltung des Staatssekretärs Dr. Bauer, da durch die Duldung der Budapester Wählerereien namenloses Unglück über Wiens Bevölkerung gebracht werden kann:

Die Dokumente enthalten die Gefahr, die Wien bedroht hat und bedrohen wird, solange die Agenten des Herrn Bela Kun unter den Augen unserer sogenannten Regierung ihr Treiben fortsetzen dürfen. Von Herrn Dr. Otto Bauer wird Wien, wird Deutschösterreich Rechenschaft fordern für die feige Duldung verbrecherischer Umtriebe, die nichtsbewirken können, als namenloses Unheil. Die Entente wird Ungarn von Bela Kun befreien. Aber wir wollen nicht, daß auch Wien von Bela Kun durch die Entente befreit werden muß. Dazu sind wir noch immer stark genug, um mit den Kun und Szobel fertig zu werden. Herr Dr. Bauer häuft auf unser armes Land Schimpf, wenn er auch jetzt noch sich weigert, seine Pflicht zu erfüllen.

Wie die Korrr. Herzog erfährt, befinden sich Abschriften aller bei der seinerzeitigen Durchsuchung des ungarischen Gesandtschaftsgebäudes in der Bankgasse vorgefundenen Pläne, Skizzen, Quittungen usw.

in den Händen des Leiters einer hiesigen ausländischen Mission.

der die Entente von den inzwischen zum Scheitern gebrachten Plänen der Sendlinge Bela Kuns informiert hat. Sämtliche Missionen in Wien hatten durch Spezialkurriere ihren Regierungen Mitteilung von den aufgefundenen Plänen gemacht und Verhaltensmaßregeln eingefordert. Ein besonderes Augenmerk wird der Tatsache zugewendet, daß sowohl in Wien als auch in Wiener-Neustadt in der letzten Zeit ungarische Offiziere in den Uniformen von Ententemilitär betreten wurden.

Unter den parlamentarischen Parteien besteht die Absicht, neuerlich von der Regierung Aufklärung über ihr bisheriges Verhalten gegenüber den Ueberfallsvorbereitungen der Budapester Diktatoren und entschiedene Maßnahmen für die Zukunft zu fordern. Die Zweideutigkeit, das verdächtige Doppelspiel muß endlich aufhören. Offenkundige Verbrechen und feindselige Akte gegen Wien dürfen nicht geduldet werden, wenn die Regierung nicht den letzten Rest von Autorität einbüßen will.

Anwachsen der Los-von-Wien-Bewegung!

Wie verderblich das Liebäugeln gewisser Mitglieder der Wiener Zentralregierung mit dem Bolschewismus wirkt und Wien schädigt, wird am besten vielleicht durch die Tatsache illustriert, daß nunmehr sogar das Wiener Hauptorgan der Alldutschen, das bisher die Selbständigkeitsbestrebungen der Länder besonders gehässig beurteilt und als „kerikale Umtriebe“ verdächtigt hatte, in seiner gestrigen Sonntagsausgabe selber unter der Ueberschrift „Los von Wien“ der völligen Trennung der Länder von Wien das Wort redet:

Heute weiß ganz Deutschösterreich, daß auch die Sozialdemokraten und ihre Vertreter in der Regierung die Aufrichtung der Räterepublik im Schilde führen. Wien und seine auf den Umsturz hinarbeitende Regierung sind heute die größte Gefahr für eine gedeihliche Weiterentwicklung der deutschen Ostmark. Der Gedanke an das jüdisch-kommunistische Wien erfüllt uns gerade mit Ekel und Grausen... Der Ruf Los von Wien darf nicht mehr verstummen, denn nur in der Verwirklichung des Programmes, das dieser Ruf in sich birgt, liegt die Befreiung von dem jüdisch-kommunistischen Alpdruck.

Man sieht, wohin Wien gerät, wenn die bolschewistische „Orientierung“ oder zumindest die Zweideutigkeit der herrschenden sozialdemokratischen Partei noch länger fortgeht. Wien droht, ganz abgesehen vom blutigen Jammer einer etwaigen Bettelheim-Diktatur, die völlige Vereinsamung und Verarmung. Gaben denn die Bauer und Genossen gar kein Herz für die Wiener Bevölkerung?

Staatssekretär Eidersch hält den Plan für undurchführbar.

In der Korresp. Herzog äußert sich Staatssekretär Eidersch über die Dokumente des „N. Tag“ u. a.:

Der Plan ist ein seinerzeit vom Kriegsministerium ausgearbeiteter Plan zur Verteidigung der Stadt Wien, der nun von einem Generalstabsoffizier, welcher Beziehungen zur ungarischen Räterepublik unterhält, adaptiert worden

ist und den Ungarn als ernstes Projekt übermittelt wurde. Schon dem Laien muß es klar werden, daß dem Plane als Angriffsplan der ungarischen Räteregierung keinerlei Bedeutung beigelegt werden kann. Es muß geradezu als widersinnig bezeichnet werden, wenn die ungarische Räteregierung oder überhaupt irgend jemand diese Ordre de bataille als ernsthaftes Projekt ansehen kann. Man bedenke nur: eine Armee von 15.000 Mann — der erwähnte „Strategie“ hat auch einen sehr beträchtlichen Teil der Volkswehr in seine Rechnung einbezogen — soll sich von Ungarn aus der Stadt Wien bemächtigen. Die Armee, die von jenseits der Leitha marschieren würde, dürfte doch kaum unbemerkt und unbehindert hierher gelangen, zumal ja zweifellos die Arbeiterschaft ebenso wie der überwiegende Teil der übrigen Bevölkerung sich dem Einmarsch dieser Truppen in ganz entschiedener Weise widersetzen würde. Der „Plan“ stellt eines der schon wiederholt aufgetauchten abenteuerlichen kommunistischen Projekte zur „Eroberung Wiens“ dar (Also doch!), dessen Einzelheiten nicht nur dem strategischen Sachverständigen, sondern auch jedem Laien geradezu lächerlich und dillantantenhaft erscheinen muß, denn die Unmöglichkeit der Durchführung eines derartigen Planes liegt auf der Hand. Das Projekt, das der Regierung schon seit längerem bekannt war, wurde offenbar von den interessierten Kreisen gut bezahlt. Die Summe, die hierfür verausgabt wurde, ist wahrhaft vergeudet. Es ist selbstverständlich, daß die Regierung allen ihr zur Kenntnis gelangenden Tatsachen die größte Aufmerksamkeit zuwendet und selbstverständlich auch mit der nötigen Energie einschreiten würde, wenn es sich um eine ernsthafte Aktion handelte. Eine solche ernste Aktion aber stellt der mitgeteilte „Angriffsplan“ nicht dar. Die Bevölkerung mag dessen gewiß sein, daß von der Regierung nichts außer acht gelassen wird, um die Ruhe in Stadt und Land zu sichern.

Schließlich wendet sich Staatssekretär Eidersch dagegen, daß die bolschewistischen Budapester Unternehmungen von der Presse so „aufgebauscht“ werden. Was seine mehrfachen Berufungen auf „den ersten Blick des Laien“ betrifft, so klingen sie etwas seltsam, da er behauptet, der Plan stamme von einem „Generalstabsoffizier“ und die Räteregierung habe den Plan „gut bezahlt“. Es schaut fast so aus, als bestünde hinter dieser Abwiegelei die Absicht, die Aufmerksamkeit des Publikums von den Vorgängen abzulenken. Karolvi hat es seinerzeit nicht anders gemacht...